Liebe Leserinnen und Leser,

Mit der Regierungserklärung und der Debatte der Themen aus der Ausschussarbeit geht es jetzt los, den Koalitionsvertrag umzusetzen.

Das Mediengeplänkel von Horst Seehofer und Jens Spahn waren nicht wirklich hilfreiche Beiträge, aber ich warne davor, dem zu viel Aufmerksamkeit zu schenken.

Deutlich wird, das die CDU ihren Laden nicht gut im Griff hat, und ihre Aufmerksamkeitshascherei auf dem Rücken der Schwächsten austrägt.

Da haben wir Sozialdemokraten mehr Diskussionskultur gezeigt, und stehen nach den Wochen der strittigen Auseinandersetzungen solidarisch zueinander und auch unsere Minister widmen sich den Aufgaben zu und werden mit Themen und sozialdemokratischer Handschrift die Öffentlichkeit suchen.

Die Osterpause wird von uns genutzt, unsere Anliegen in eine Zeit– und Arbeitsplanung zu gießen. Auf geht's....

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches Glückauf

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Regierungserklärung
- Tag des Wassers
- Umweltpolitik
- Ostern im Wahlkreis
- Ermächtigungsgesetz
- Termininfos

Aus Berlin

Regierungserklärung—die neue Bundesregierung debattiert über die Vorhaben der Legislatur

Der Start der neuen Regierung beginnt wie immer üblich mit einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Dieser folgt eine themenorientierte Debatte aus den einzelnen Ausschüssen.

Am Mittwoch machte Angela Merkel den Aufschlag und thematisierte nach ihrer Widerwahl in ihrer Rede deutlich, dass ihr durchaus bewusst sei wie viel sich in Deutschland seit ihrer Dienstzeit verändert hat.

Sie formulierte eine kritische Betrachtung dass sich durch die Flüchtlingskrise das Land gespalten habe und zu einem raueren Ton in der politischen Auseinandersetzung geführt habe.

Die Debatte drehte sich insgesamt von allen politischen Akteuren (außer der AfD) darum, das Ziel des Zusammenhalts der Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Aber je nach Parteifarbe mit anderen Mitteln und Schwerpunkten.

Für uns wird es eine andere Form der Zusammenarbeit sein, denn am Ende der Legislaturperiode werden wir Sozialdemokraten uns daran messen lassen müssen, ob wir es geschafft haben, unsere Anliegen und Vorhaben umzusetzen.

Die Regierungserklärung ist der wiederkehrende Schlagabtausch, in der die Opposition ihre Kritik an der Regierung einbringen kann, das hat sie auch getan, die Grünen äußerten eigentlich mehr Kritik an Personen als an der Sache und übten starke Kritik an den Äußerungen vom Gesundheitsminister Jens Spahn indem sie formulierten, dass der rechte Flügel der Union ihren Drang nach Aufmerksamkeit auf dem Rücken der Schwächsten austobe. Für mich sind die Äußerungen von Jens Spahn auch unerträglich, insbesondere seine jüngste zur Pflege, die für ihn „bezahlbar“ wäre, weil sie ja nur kurz andauere und die Familien das schon schaffen könnten.

Sozialdemokraten haben da ein anderes Verständnis über die Lasten und Kosten der Pflege und das Angehöre mehr Unterstützung brauchen. Aber es liegt an uns, genau diese Unterschiede deutlich zu machen. Und genau das werden wir auch tun.

Für mich hat sich in der Debatte gezeigt, dass der Schritt in die Groko zwar schwierig, aber der richtige Weg ist.

Unser Ziel ist es, die aktuellen Konflikte nicht weiter anzuheizen, sondern Probleme zu lösen.

Im Koalitionsvertrag finden sich zahlreiche Antworten dafür, die Herausforderungen der Gegenwart für die Verbesserungen für die Menschen anzunehmen und die Interessen des Staates international und europäisch gut zu vertreten.

Aus der Umweltpolitik

Am heutigen Freitag debattierten wir den Teil des Regierungsprogrammes zu den Themen Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, an die sich eine Aussprache angeschlossen hat. Dies war der erste Plenarauftritt unserer neuen Ministerin Svenja Schulze, hat sie gut gemacht :)

Unsere neue Ministerin hat auch die AG Umwelt besucht und den Klimaschutz als besonderes Anliegen in dieser Wahlperiode benannt.

Plastikmüll

Diese Woche haben wir im Umweltausschuss die Europäische Plastikstrategie debattiert. Allein in der EU entstehen nach Angaben der Kommission jedes Jahr rund 26 Millionen Tonnen Plastikmüll. Nur knapp 30 Prozent davon werden zur Wiederverwertung gesammelt, die übrigen 70 Prozent landen auf Müllkippen, in Verbrennungsanlagen oder in der Umwelt. Es ist höchste Zeit, dass die EU hier die Initiative ergreift und dass möglichst viele Mitgliedstaaten ein hohes Niveau bei der Sammlung und dem Recycling von Plastik erreichen. Wir Bürgerinnen und Bürger in Europa müssen allerdings auch alle dazu beitragen, indem wir mehr Abfall vermeiden, seien es Coffee-to-go-Becher, Plastiktüten, Wegwerfgeschirr oder Strohhalme! Ich habe in der letzten Legislaturperiode am Verpackungsgesetz gearbeitet. Mit den festgesetzten und ambitionierten Recyclingquoten sind wir in Europa Spitzenreiter!

Weltwassertag

Am 22. März ist der „Nature for water“ - Weltwassertag. Die Vereinten Nationen (UN) haben dazu den Weltwasserbericht veröffentlicht. die Fakten sind wirklich alarmierend. Nicht nur das fast die Hälfte der Weltbevölkerung von Wassermangel bedroht ist, auch ist absehbar, dass Konflikte und Kriege um die Ressource Wasser immer wahrscheinlicher werden.

Auch die Schadstoffbelastung des Wassers bleibt ein großes Problem. In Deutschland haben wir ständig Probleme auf der EU Ebene, weil die Nitratbelastung in unseren Gewässern zu groß ist.

Dies ist die Folge der industriellen Landwirtschaft, Überdüngung und Nutzung von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Davon sind unsere Seen und Flüsse akut bedroht.

Ich habe im Umweltausschuss in dieser Wahlperiode die Berichterstattung „Wasser“ übernommen und werde mich zukünftig öfter zu diesem Thema äußern. Heute habe ich eine Videobotschaft zum Weltwassertag gemacht. Äußert euch doch mal, ob es euch gefallen hat.

Bei uns in Deutschland ist der Zugang zu Trinkwasser für jeden selbstverständlich. Das ist in vielen anderen Ländern nicht so. Laut Vereinten Nationen haben rund 884 Millionen Menschen auf der Welt keinen Zugang zu sauberem Wasser. Insgesamt 2,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen.

AG Umwelt der SPD Bundestagsfraktion mit der Umweltministerin

Aus dem Wahlkreis

Bürgersprechstunde am 28. März in Lünen

Zu meiner nächsten Bürgersprechstunde am Mittwoch, dem 28. März lade ich alle Interessierten herzlich ein. Ab 11.00 Uhr werde ich in meinem Wahlkreisbüro in Lünen für Fragen, Anregungen und Diskussionen zur Verfügung stehen.

Ich freue mich, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen und interessante Gespräche zu führen. Wir Sozialdemokraten wollen wissen, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Die Menschen erwarten Antworten auf ihre konkreten Probleme und Sorgen. Mir ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein um dauerhaft mit den Menschen im Gespräch zu bleiben und ihre Anregungen mit nach Berlin zu nehmen."

Wer es nicht schafft, persönlich in die Bürgersprechstunde zu kommen, kann mich selbstverständlich auch telefonisch im Wahlkreisbüro in Lünen unter der Tel.-Nr. 02306/259782 und in Hamm unter der Tel.-Nr. 02381/924 252 506 erreichen.

Um lange Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich vorab um eine kurze telefonische Anmeldung.

Gewalt – Frauen – Veranstaltung ASF Hamm in Kooperation mit der SGK

... Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum ist nicht erst in der letzten Zeit ein Thema, das viele Menschen beschäftigt. Ich freue mich, neben der Bürgermeisterin Monika Simshäuser, dem Vorsitzenden der HammSPD Marc Herter MdL ein Grußwort sprechen zu können.

Si-

Osteraktion

Am Karsamstag bin ich bei den beiden großen Ostereier-Verteilaktionen in Hamm und Lünen dabei.

Um 09:30 Uhr starte ich am Info-Stand der HammSPD und danach ab 11:00 Uhr in der Fußgängerzone in Lünen.

In der Osterwoche bin ich wie immer im Wahlkreis unterwegs. Ich besuche auch in diesem Jahr das Osterfeuer der SPD-Beckinghausen in der Kleingartenanlage an der Kamenerstrasse. Am Samstag bin ich beim Afghanischen Neujahresfest in Hamm.

Ostermontag nehme ich an der traditionellen Ostereiersuche für Familien der SPD-Selm ab 10:00 Uhr im Lüffepark teil und danach ab 12:00 Uhr beim Ostereiersuchen des Ortsvereins Lünen-Oberbecker.

Ich wünsche allen schöne Ostertage und nette Frühlingsausflüge!

Zur Erinnerung — Ermächtigungsgesetz

Am 24. März jährt sich das Ermächtigungsgesetz, das 1933 die rechtliche Grundlage für die Etablierung der NS-Diktatur schuf. Nachdem die NSDAP Sympathien in breiten Bevölkerungskreisen erlangen konnte, stimmte der Reichstag dem Ermächtigungsgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit zu. Damit entmachtete sich der Reichstag selbst, da die Regierung nun ohne seine Zustimmung Gesetze verabschieden konnte.

Dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ wurde am 23. März mit einer Zweidrittelmehrheit vom Reichstag zugestimmt. Ausschlaggebend dafür waren die Stimmen des Zentrums und der bürgerlichen Parteien, die sich aufgrund Einschüchterung dem Druck der Nationalsozialisten beugten. Allein die SPD stimmte geschlossen dagegen. Durch das Ermächtigungsgesetz entmachtete sich der Reichstag als staatliches Organ praktisch selbst. Auf diese Weise wurde die Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative gebrochen.

538 Parlamentarier waren am 24. März 1933 dazu aufgerufen, über das Gesetz abzustimmen: 444 stimmten mit Ja, 94 mit Nein. Diese 94 Abgeordneten, das waren die Mitglieder der SPD-Fraktion – zumindest die, die sich noch in Freiheit befanden.
Keine andere Fraktion im Reichstag stimmte gegen das Gesetz. Aber diese 94 Parlamentarierinnen und Parlamentarier riskierten mit ihrem Einsatz für die Republik und die Demokratie ihr Leben. Sie waren sich der Gefahr durchaus bewusst, kamen dennoch in die Kroll-Oper und wehrten sich – mit parlamentarischen Mitteln, mit ihrem Recht auf Rede und Abstimmung. Sie sagten Nein zu Hitlers Gesetz. Sie hoben die Hand dagegen. Damit trugen sie zu einem der größten Momente in der deutschen Parlamentsgeschichte bei.

Wenn ich zu unseren Fraktionssitzungen in den Fraktionssaal gehe, dann gehe ich am Eingang zum Otto-Wels-Saal im Reichstagsgebäude an den Namen all der SPD-Abgeordneten vorbei, die damals mit Nein gestimmt haben. Der mutige Einsatz unserer Genossinnen und Genossen bleibt damit wach, auch jenseits von Jubiläumsfeiern und Jahrestagen daran zu erinnern, dass sie ein Vorbild für jede und jeden von uns sind. Für mich ist die Rede von Otto Wels die mutigste Rede, die je gehalten wurde. Auch der Deutsche Bundestag hat ein Zeichen gesetzt und als Gedenken das Bundestagsgebäude Unter den Linden 50 in Otto-Wels-Haus umbenannt.

Heute vor 100 Jahren wurde Otto Wels in Berlin geboren. Seit 1919 war er Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten. Im Alter von 66 Jahren starb er am 16. September 1939, einen Tag nach seinem Geburtstag, in Paris im Exil.
So wie er in seiner denkwürdigen letzten Rede im Deutschen Reichstag, am 23. März 1933, sagte: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ – so hieß es im Aufruf vom 1. September 1939, Ziel sozialdemokratischer Politik sei ein „Frieden, der die Gewaltakte Hitlers wiedergutmacht, dem totalitären System ein Ende setzt und dem deutschen Volk – wie allen vergewaltigten Völkern – Recht und Freiheit wiedergibt“.

Mit seiner mutigen und beeindruckenden Rede bekannte er sich für die Sozialdemokratie zu Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Demokratie –in Zeiten, in denen viele schon zu Opfern der Nationalsozialisten geworden waren: **„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“** Die Rede von Otto Wels ragt aus der Geschichte des Kampfes um Demokratie heraus.

Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, nicht nur durch die Nazi-Fraktion, sondern auch

durch die bürgerlichen und liberalen Parteien wurde der braunen Barbarei parlamentarisch Tür und Tor geöffnet. Statt Not abzuwenden, war das Gesetz ursächlich verantwortlich für die für uns Nachlebenden kaum nachvollziehbare Not, mit der in zwölf Jahren Naziterror Abermillionen von Menschen überzogen wurden.

Der 23. März 1933 war der Tag, an dem sich die Demokratie endgültig ihren Feinden ergab. Mit der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 wurde die Demokratie und mit ihr die Republik von Weimar endgültig zu Grabe getragen.
Es war aber auch ein Tag, der uns Sozialdemokraten immer in stolzer Erinnerung bleiben wird. Denn allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich der Ermächtigung.

Der 23. März 1933 ist der schwärzeste Tag in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Willfährig haben die konservativen und bürgerlichen Parteien die Rechte des Parlaments in die Hände Adolf Hitlers gelegt und mit der Zustimmung zum sogenannten Ermächtigungsgesetz die Demokratie in Deutschland zerstört.
Kein anderes Gesetz in Deutschland hat so verheerende Grundlagen für Verbrechen, Genozid und Krieg geschaffen wie das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, mit dem der Reichstag am 23. März 1933 seine ureigenen Rechte als Gesetzgeber abtrat und in die verbrecherischen Hände eines Diktators legte.

Tondokument Debatte Ermächtigungsgesetz hier

In der vorausgegangenen Fraktionssitzung waren es übrigens vor allem die Frauen, die dem Vorschlag widersprachen, man solle es in Anbetracht der konkreten Gefahren bei einer schriftlichen Erklärung bewenden lassen und an der Plenarsitzung überhaupt nicht teilnehmen.

Was lernen wir daraus? Natürlich lehrt uns die Erinnerung an die seinerzeitige Massenarbeitslosigkeit, wie wichtig es ist, dass das Gemeinwesen den Menschen eine hinreichende wirtschaftliche und soziale Sicherheit gewährleistet und dass der Protest gegen Lebensverhältnisse, die als ungerecht, ja als dauerhafte Ausgrenzung wahrgenommen werden, radikalen Positionen Zulauf verschafft.
Ebenso ersehen wir, wie wichtig auch der Fortgang der europäischen Verständigung und Eini-

gung ist, deren seinerzeitige erste Ansätze in einem sozialdemokratischen Programm war von den Vereinigten Staaten von Europa die Rede und um eine deutsch-französische Verständigung – bald von den aufgepeitschten Wellen eines blinden Nationalismus hinweggespült wurden.

Die wichtigste Lehre ist die Erkenntnis, dass eine Demokratie auf Dauer nur Bestand haben kann, wenn sie von den Menschen getragen wird, wenn diese sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen, die selber für die Bewahrung der demokratischen Grundregeln mitverantwortlich sind. Ohne ein bestimmtes Maß an Grundvertrauen kann aber eine Demokratie ihre Aufgaben nicht erfüllen.

+++ Lese Tipp +++ Lese Tipp +++

Die neue Broschüre ist als Download zu bekommen oder gedruckt als Broschüre (so lange der Vorrat reicht) kostenlos in meinen Wahlkreisbüros abzuholen.

+++ Veranstaltungstipp im Wahlkreis +++

Bücherverbrennung 1933 durch die Nazis

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Hammer SPD lädt zu einer interessanten Info-Veranstaltung

am Mittwoch, dem 4. April, um 10:00 Uhr

in den Veranstaltungsraum der WIVO ein.

Ex-OB Jürgen Wieland wird einen historischen Rückblick auf die politischen Ereignisse im Jahre 1933 werfen und hier besonders eingehen auf die Bücherverbrennung, auch in Hamm durch die Nazis.

Thema: “Die Nazis verbrennen den deutschen Geist.“

Die Teilnahme ist nicht an die Mitgliedschaft in der SPD gebunden. Eine verbindliche Anmeldung ist bis zum 27. März zu richten an Herbert Knöpper unter 02381/51516.

Antirassismustag

Die offizielle Bezeichnung des Tages lautet "Internationaler Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung", er wird jährlich im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus ausgerichtet. Durch zahlreiche Veranstaltungen versuchen verschiedene Organisationen und Einrichtungen die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren.

Die Bedeutung des Internationalen Tages gegen Rassismus geht über die rein physische Gewalt der Rassendiskriminierung hinaus: Auch der subtile und schleichende Rassismus im Alltag stellt ein erhebliches Problem dar. Zum Beispiel durch Vorurteile gegenüber Andersgläubigen oder Personen mit anderer Nationalität, entsteht ein sozialer Kontrast, der die Bevölkerung stets weiter auseinander bringt. Aus diesem Grund sollen an diesem Tag starke Impulse gesetzt werden, die sich auch auf die restlichen Tage des Jahres auswirken.

Für mich steht in dieser Woche dieser Tag im Zusammenhang mit dem alltäglichen rassistischen Gedankengut, den die AfD im Bundestag in die Plenardebatte einfiltriert.

Mit diesem Gebaren sorgen sie für eine Wiederbelebung nationalsozialistischer Anschauungen und Parolen und immer wieder geben sie antisemitisches und ausländerfeindliches Gedankengut von sich. Die AfD ist eine Partei, die in schwer erträglicher Weise auftritt und an die Frühzeit der NSDAP erinnert.

Ihnen gilt es offensiv zu begegnen. Nicht nur der Staat, sondern wiederum jeder Einzelne ist hier in der Pflicht. Wer wegsieht oder nur die Achseln zuckt, schwächt die Demokratie.

Wer widerspricht und sich einbringt, stärkt unsere Demokratie.

Wir müssen uns im Rahmen der Erinnerungskultur immer wieder fragen, wie die Nazidiktatur geschehen konnte und welche Folgerungen wir daraus auch heute noch für uns und unser Gemeinwesen ziehen müssen. Das nämlich ist der Sinn des Erinnerns.

no more Rassismus

Sie ist Auftrag bis heute, Freiheit und Demokratie gegen diejenigen zu verteidigen, die sie aushöhlen oder bekämpfen wollen. Wir spüren diese besondere Verantwortung – gegenüber unserer eigenen Geschichte und gegenüber all jenen Genossinnen und Genossen, die die Nazidiktatur mit Flucht, Gefangenschaft oder gar dem Leben bezahlt haben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und Spaltungstendenzen überwinden. Das Gedenken an die mutigen Frauen und Männer vom 23. März 1933 ermutigt uns, Hass und Hetze entgegenzutreten und aufzustehen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Diskussion über Rassismus mit Schülern und Schülerinnen einer Besuchergruppe bei mir im Bundestag—ein Thema welches Jugendliche sehr interessiert

+++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++

EINLADUNG der FES NRW

Spielwiese Menschenrechte?! Sportevents und was sie für Menschenrechte und Zivilgesellschaft bedeuten

am Montag, den 23. April (19-20:30 Uhr)

im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund (Königswall 21)

Megaevents wie die Fußball-WM ziehen Millionen von Menschen und ganze Länder in ihren Bann. Was damit zusammenhängt, wird oft vergessen: Zum Beispiel die Vertreibung von Einwohner_innen, die Diskriminierung von Migrant_innen und Homosexuellen oder die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit.

Deutlich wird das nun wieder bei der Fußball-WM 2018 in Russland. Fast 70 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Menschenrechtscharta wollen wir die WM in einen größeren Zusammenhang stellen. Ob Olympia in Peking, die Eishockey-WM in Belarus oder Formel 1 in Bahrain:

Wie kann man Zivilgesellschaften vor Ort unterstützen, ohne sich mit Überlegenheit in den Vordergrund zu stellen? Wie lässt sich klar machen, dass unser Stadionvergnügen auch mit der Ausbeutung asiatischer Trikot-Näherinnen zu tun hat? Und wie können Vereine, Spieler_innen und Fans auch vor Ort, bei uns in Deutschland, Verantwortung übernehmen?

Der Sportjournalist Ronny Blaschke eröffnet mit einem Vortrag den Abend im Fußballmuseum. Anschließend diskutieren wir mit ihm, **Rainer Bischoff**, sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Jonas Ermes**, ehemaliger Fußballprofi und Vorsitzender des Vereins In safe hands, **Wenzel Michalski**, Deutschland-Direktor von Human Rights Watch und **Sandra Schwedler**, Aufsichtsratsvorsitzende des FC St. Pauli.

Alle Informationen zum Programm, zum Ablauf und zur Organisation finden Sie unter folgendem Link: **www.fes.de/lnk/spielwiese-menschenrechte**

Dort und unter **www.fes.de/lnk/d234** können Sie sich sehr gerne für die Veranstaltung anmelden.

Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de, Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg

Fotos: Joshua Fraedrich, Ruth Herzog

Parlamentsbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen - Winnie Marx

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm